

Der „Briefetal-Bote“ erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Bezugspreis beträgt für das Vierteljahr 4 Mark monatlich 9 Pfennig. Die einzelne Nummer kostet 9 Pfennig. Nach auswärts Portozuschlag.

Briefetal-Bote

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Birkenwerder, Bahnhof-Allee 6 und von allen Anzeigen-Erpeditionen angenommen. Die sechsgipflige Preisliste folgt 9 Pfennig, die Reklamenzettel 70 Pfennig.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehnitz, Stolpe



für ehem. Hofjagdrevier, Bergfelde, den Amtsbezirk Schönfließ und Umgegend

Telegr.: Briefetalbote, Birkenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan mit rechtsverbindlicher Publikationskraft für den Amtsbezirk Birkenwerder.

Abzugspreis für die neuangelegte Kleinzeile oder deren Raum 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamenzeile 100 Pfennig. Berechnung in Goldmark zum amtlichen Dollarkurs

Nr. 14

Postfach-Konto: Berlin 62 448

Sonnabend, den 24. Januar 1925

Postfach-Konto Berlin 62448.

24. Jahrg.

Der Gemeindevorsteher Birkenwerder.

Der Haushaltsvoranschlag für das Rechnungsjahr 1924 liegt ab 24. Januar werktäglich von 8-12 Uhr an zwei Wochen zur Einsicht aller Gemeindeglieder im Zimmer 19 des Rathauses aus.

Birkenwerder, den 23. Januar 1925.

Der stellv. Gemeindevorsteher. Daubert.

Öffentliche Mahnung.

Die bis einschließlich Januar fälligen Grundvermögen-, Hauszins-, Gewerbe-, Gewerbesteuer- und Hundesteuern werden, soweit sie bisher nicht gezahlt oder gestundet sind, hiermit zur Zahlung bis zum 28. d. Mis. angemahnt. Nach Ablauf dieser Frist erfolgt Zwangsversteigerung der Rückstände. Die gesetzlichen Mahn- und Zwangsvollstreckungsmaßnahmen werden hiermit fällig.

Persönliche Mahnungen erfolgen nicht.

Birkenwerder, den 23. Januar 1925.

Der Gemeindevorsteher.

Der Gemeindevorsteher Borgsdorf.

Einladung zur Gemeindevorsteher-Sitzung.

Zu der auf Freitag, den 23. Januar, abends 8 Uhr im Gemeindefestsaal

aberaumten Versammlung der Gemeindevorstellung, in der über die in nachstehender Tagesordnung vorgeschlagenen Gegenstände beraten oder beschlossen werden soll, werden sämtliche Mitglieder der hiesigen Gemeindevorstellung hiermit unter dem Hinweis eingeladen, daß die Nichtanwesenheit sich den gefassten Beschlüssen zu unterwerfen haben.

Tagesordnung.

1. Vollmachterteilungen.
2. Erneute Wahl des Polizeijahresbeamten.
3. Pachtertrag-Angelegenheit.
4. Verkauf alten Pfastermaterials.
5. Antrag der Frau. Sanitätskolonne Birkenwerder um Bewilligung eines Zuschusses.
6. Nachbewilligung von Mitteln zur Armenfürsorge.
7. Mitteilungen.

Borgsdorf, den 23. Januar 1925.

Der Gemeindevorsteher. Seefeldt.

Der Amtsvorsteher Schönfließ.

1 junge Doherrmannhündin zugelaufen.

Bergfelde, den 23. Januar 1925.

Der Amtsvorsteher. Vors.

Der Gemeindevorsteher Bergfelde.

Wahl von 2 Mitgliedern zum Amtsausschuß.

Die Wahl von 2 Mitgliedern zum Amtsausschuß für die Gemeinde Bergfelde findet am Dienstag, den 3. Februar 1925, abends 7.30 Uhr, im Sitzungssaal des Gemeindefestsaals statt. Zu dieser Wahl fordern ich hiermit sämtliche Wahlberechtigten (das sind die Mitglieder der Gemeindevorstellung und des Gemeindevorstandes) zur Einreichung von Wahlvorstellungen auf. Die Wahlvorstellungen sind spätestens bis zum Sonnabend, den 31. Januar d. Js., schriftlich dem unterzeichneten Vorsitzenden des Wahlvorstandes einzureichen. Die Wahlvorstellungen müssen von mindestens 4 Wahlberechtigten unterzeichnet sein. Sie müssen mindestens 4 Bewerber enthalten.

Im übrigen gelten für die Wahlvorstellungen die entsprechenden Bestimmungen der Gemeindevorstandsverordnung.

Vorsitzender des Wahlvorstandes ist der unterzeichnete Gemeindevorsteher.

Bergfelde, den 23. Januar 1925.

Der Gemeindevorsteher. Czekowski.

Hohen Neuendorf.

Der Amtsvorsteher macht bekannt:

Polizeiverordnung

über Aufhebung der Beschränkung der Fahrgeschwindigkeit bei Fuhrwerken und Kraftfahrzeugen.

Auf Grund des § 5 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. 3. 1850 und des § 62 der Kreisordnung vom 13. 12. 1872 und 19. 3. 1881 wird unter Zustimmung der die Geschäfte des Amtsausschusses wahrnehmenden Gemeindevorstellung für den Amtsbezirk Hohen Neuendorf folgende Polizei-Verordnung erlassen:

§ 1. Die Polizeiverordnung vom 14. 3. 1924, wonach die Berliner und Dranienburger Straße von Verkehrsmitteln aller Art nur mit einer Geschwindigkeit von höchstens 15 km in der Stunde befahren werden dürfen, wird aufgehoben.

§ 2. Diese Polizeiverordnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Rottlauffeuche.

Es wird darauf hingewiesen, daß nicht nur von dem Ausstreuen von ansteckenden Krankheiten bei Tieren, sondern auch schon bei dem Verdacht des Vorhandenseins solcher Krankheiten bei dem unterzeichneten Anzeiger zu erlassen ist. Insbesondere bringe ich in Erinnerung, daß dies bei dem Rottlauf der Schweine, bei Schweinefeuche und Schweinepest zu geschehen hat.



Was gibt es Neues.

— Im Reichstag wurde die große politische Aussprache beendet.

— Der Varmat-Untersuchungsausschuß des Reichstags ist bereits am Donnerstag zusammengetreten.

— Der Danziger Volkstag sprach in seiner letzten Sitzung der Regierung das Vertrauen aus.

— Der amerikanische Senat nahm die Entschließung Johnsons an, wonach dem Senat ein Bericht über die Pariser Finanzverhandlungen vorgelegt werden soll.

— Auf den Eisenbahnen des besetzten Gebietes wird am Abend des 31. Januar, 11 Uhr, die mitteleuropäische Zeit wieder eingeführt.

— Nach dem „Daily Telegraph“ beabsichtigt die Entente, der Reichsregierung noch eine zweite vorläufige Antwort in der kolner Frage zugehen zu lassen.

— In Bellona wurde ein kurzer, aber starker Erdbeben erschüttert, der keinen Schaden anrichtete.

Luthers erster Erfolg.

Annahme der Billigungsformel.

— Berlin, 22. Januar.

Bei der heutigen Abstimmung über die zur Regierungserklärung vorliegenden Anträge wurde der von den Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, dem Zentrum, der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung eingebrachte Antrag, wonach die Regierungserklärung gebilligt wird, in namentlicher Abstimmung mit 246 gegen 160 Stimmen bei 38 Enthaltungen angenommen. Die von den Sozialdemokraten und den Kommunisten eingebrachten Misstrauensanträge sind damit erledigt.

Für den Billigungsantrag stimmten die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, das Zentrum mit Ausnahme der Abgeordneten Dr. Wirth und Zumbusch, die Bayerische Volkspartei und die Wirtschaftliche Vereinigung. Der Stimme enthielten sich die Demokraten und die Nationalsozialisten. Gegen den Antrag stimmten die Sozialdemokraten und die Kommunisten sowie die beiden Zentrumsabgeordneten Dr. Wirth und Zumbusch.

Der Verhandlungsbericht.

Das Haus will heute ganze Arbeit machen, und so ist man schon um 11 Uhr zusammengetreten. Nach dem gestrigen ausführlichen Darlegen des Reichstanzlers kommt nun heute die zweite Rednergarnitur zu Wort. Aus den Erklärungen Dr. Luthers ist noch die Mitteilung nachzutragen, daß bereits ein Beschluß des Kabinetts vorliegt, daß die Staatsform nicht geändert werden solle. Dieser Beschluß sei in voller Einmütigkeit gefaßt worden.

Den Weigen der Redner eröffnet heute Abg. Müller-Franken (Soz.). Er fragt den Reichstanzler, wie er seine Behauptung, daß sein Kabinett kein Kampfkabinett sei, mit den aggressiven Ausführungen des Grafen Westphal vereinigen könne. (Zustimmung links.) Der Redner lehnt jede Nebensache ab und verlangt eine Politik der Verständigung. Gegen Korruptionsercheinungen im öffentlichen Leben müsse mit eisernem Beseh ohne Ansehen der Person, auch ohne Ansehen von Familienbeziehungen vorgegangen werden. Der Redner erörtert dann im einzelnen die Varmat-Affäre und erklärt sich bereit, diejenigen Maßnahmen zu unterstützen, die geeignet sind, die parlamentarische Tätigkeit von privater Betätigung zu trennen. Der Redner erklärt, daß seine Partei das gegen sie vorgebrachte Material nicht zu scheuen habe. Keine der Varmat-Leute sei Mitglied der sozialdemokratischen Partei. Der Redner fragt, ob der Beschluß des Kabinetts über die Staatsform von Zeit zu Zeit wiederholt werde. (Zustimmung.) Der Redner schließt mit einer Misstrauenserklärung gegen das Kabinett. (Beifall b. den Soz.)

Abg. Wehren (Dntk.) bezeichnet die jetzige Regierung als ein Produkt des Volkswillens, der sich bei zwei Reichstagswahlen gezeigt habe. Die Deutschnationalen stehen auf dem Standpunkt der vollkommenen Volksgemeinschaft. Gewiß könne man auch mit den Anhängern der Klassenlehre in gewissen wirtschaftlichen Fragen zusammengehen, aber in den höchsten Grundfragen der Kultur und des Christentums scheiden sich die Wege. Die Sozialdemokratie sei nicht die alleinige Vertretung der Arbeiterklasse. Die große Mehrheit der Arbeiter stehe hinter den Parteien, die die jetzige Regierung unterstützen. Der Redner erklärt, daß seine Partei ihre Politik auch mit der Arbeiterkraft machen wolle und sich nach wie vor an dem Ausbau der Sozialpolitik beteiligen werde. (Beifall rechts.)

Abg. v. Kardorff (D. Vp.) bestritt entschieden, daß die Deutsche Volkspartei die letzte Regierungskrise verschuldet habe. Schuld tragen die Demokraten. Der Redner tritt dann für die Erhaltung des konfessionellen Friedens und die Überbrückung der konfessionellen Gegensätze ein. Es sei für die evangelischen Kreise, die hinter der Deutschnationalen Volkspartei stehen, auf die Dauer unerträglich, wenn sie vom Zentrum in Preußen von der Regierung ferngehalten würden. Selbstverständlich gehöre die Politik nicht auf die Kanzel. (Zustimmung.) Der Redner bedauert dann die Ausführungen des Abg. Dr. Breitfeld zur Entwaffnungsfrage. Jetzt handelt es sich nicht um die Frage: Republik oder Monarchie, sondern um die Frage: Republik oder Chaos. Der Varmat-Skandal sollte man vor seiner völligen Aufklärung noch nicht politisch ausschlagen. Der Redner fordert, daß der Reichstag wieder auf seine Aufgabe der Gesetzgebung zurückgeführt werde. Mit Ermächtigungsgesetzen könne nicht länger regiert werden. (Beifall rechts.)

Abg. Schaeffer (Komm.) verlangt von der Regierung eine Erklärung über die Amnestie.

Abg. Dr. Haas (Dem.) wendet sich gegen die Polemik des Abg. v. Kardorff gegen die demokratische Partei und ihren Führer Koch. Die Deutsche Volkspartei trage die Hauptschuld an den Krisen der letzten Zeit. (Widerspruch rechts.) Marx wurde gestört, ohne daß man schon mußte, wie man ein Kabinett bilden sollte. (Erneuter Widerspruch rechts.) Die Ernennung Neuhaus zum Minister sei für alle Republikaner eine schwere Provokation. (Zustimmung links.) Das Innenministerium sei noch nie mit einem so ungelegenen Mann besetzt worden wie Schiele. Wir haben kein Vertrauen zum Kabinett, erwarten aber, daß es im Sinne der Regierungserklärung handle.

Abg. Gambe (Wirtsch. Vereinig.) sagt der Regierung Unterstützung zu, wenn sie besonders die Interessen des Mittelstandes wahrnehme. Er erklärt ferner, daß seine Partei für die Billigungsformel stimmen und damit der Regierung indirekt das Vertrauen aussprechen werde.

Abg. Graf Heven-Low (Nat.-Soz.) erhebt Einspruch gegen eine Propäde, die sich mit der Varmat-Affäre beschäftigt.

Dann folgte die eingangs mitgeteilte Abstimmung, worauf sich das Haus vertagte.

Die „Nachfrage“.

Aus dem preussischen Landtage.

— Berlin, den 21. Januar.

Zu der politischen Aussprache, die heute fortgesetzt wird, ist noch ein Deutschnationaler Antrag eingegangen, der lautet: „Der Ministerpräsident und Minister der Finanzen und für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Braun, der Minister des Inneren Seevering und der Minister für Handel und Gewerbe Siering besitzen nicht das Vertrauen des preussischen Landtages.“

Als erster Redner kommt heute der Ministerpräsident Braun zum Wort, der sich gegen die Ausführungen des Abg. Labendoff (Wirtsch.-Vg.) wendet. Dieser hatte erklärt, daß sich die Auswüchse des Kapitalismus besonders unter dem bestimmenden Einfluß der Sozialdemokraten breit gemacht hätten. Ministerpräsident Braun erklärt dies als eine Irreführung der öffentlichen Meinung, da die Sozialdemokratie in den letzten Jahren keinen bestimmenden Einfluß hatte (Waschen rechts). Wenn Herr Labendoff weiter sagte, daß die Zwangswirtschaft die Quelle der Korruption sei, so müsse darauf hingewiesen werden, daß diese Zwangswirtschaft eine Kriegsercheinung war und daß es gerade Aufgabe der Nachkriegsregierung sei, diese Bestimmungen allmählich abzubauen. Weiter polemisiert der Redner gegen den Abg. Wulle. Das Ergebnis der Aussprache sei, daß es sich nicht um eine Rechtsfrage sondern um

eine politische Nachfrage

handle. (Zuruf rechts: für Sie!) Stresemann habe es früher für unfaßlich erklärt, an der Sozialdemokratie vorüberzugehen. Das jetzt, nachdem die Volkspartei glaubt, ohne die Sozialdemokratie mit den Deutschnationalen regieren zu können, der von Stresemann geschätzte Zustand eingetreten ist, ist sehr bedauerlich für Sie (nach rechts). (Beifall links, gr. Lärm rechts.)

Abg. Stendel (D. Vp.) wendet sich gegen die Ausführungen des Ministerpräsidenten und fragt, ob es dem Ministerpräsidenten klar sei, daß er nicht mehr in seiner Eigenschaft als Ministerpräsident, sondern nur noch als sozialdemokratischer Abgeordneter gesprochen habe.

Unsere Stellung zur Verfassung ist richtig. Das souveräne Volk kann nur durch den Landtag sprechen;